

II- 3399 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 3. Mai 1974

No. 1666/J

A n f r a g e

der Abg. Zeillinger, Peter, Melter und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Soziale Verwaltung
betreffend gesetzliche Unfallversicherung für
Schüler und Studenten

Der Salzburger Landesverband der Elternvereine
an den öffentlichen Pflichtschulen hat in seiner am
20. 4. 74 abgehaltenen Jahreshauptversammlung
eine an den Herrn Bundesminister für Soziale Ver-
waltung gerichtete Resolution beschlossen, die
allen Salzburger Abgeordneten zum Nationalrat zur
Kenntnis gebracht wurde. Darin wird mit Nachdruck
die Schaffung einer gesetzlichen Unfallversicherung
für Schüler und Studenten gefordert, dies auch
unter Hinweis darauf, daß in der Bundesrepublik
Deutschland eine derartige Regelung bereits seit
3 Jahren besteht.

Mit Recht wird in diesem Zusammenhang geltend gemacht,
daß sich gerade durch das Schulwesen in seiner
heutigen Form (forcierte Förderung sportlicher
Betätigung, Technisierung der Lehrmethoden, Ver-
anstaltung von Exkursionen, etc.) ebenso wie durch
die Zunahme der Fahrschüler laufend besondere Probleme
ergeben, die einen gesetzlichen Unfallschutz dringend
geboten erscheinen lassen.

-2-

In voller Übereinstimmung mit der gegenständlichen Resolution, die auch die Auffassung des rund 400.000 Eltern repräsentierenden Dachverbandes der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen zum Ausdruck bringt, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Soziale Verwaltung die

A n f r a g e :

- 1.) Sind Sie bereit, einen Ministerialentwurf ausarbeiten zu lassen, der die Schaffung einer gesetzlichen Unfallversicherung für Schüler und Studenten zum Gegenstand hat?
- 2.) Teilen Sie die Meinung der unterzeichneten Abgeordneten, daß eine derartige Regelung vordringlich ist und daher nicht erst im Rahmen einer allenfalls für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht genommenen generellen Regelung der Unfallversicherung erfolgen soll?
- 3.) Bis wann werden die auf seiten des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung in diesem Zusammenhang notwendigen Arbeiten abgeschlossen sein?